

GR. Thomas RAJAKOVICS

22.04.2004

A N T R A G

Betr.: Maßnahmen gegen die Umgehung des
Bettelverbots für Kinder durch Straßenmusik

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Wenn die Tage länger und wärmer werden, beginnt in Graz auch die Saison der Straßenmusik. Gerade für die Innenstadt können die StraßenmusikerInnen eine große Bereicherung darstellen. Vor allem wenn es sich um MusikstudentInnen, AIMS TeilnehmerInnen etc. handelt, kann diese Musik ein Ohrenschaus sein. Leider wirft die Sonne immer auch einen Schatten.

Offensichtlich versuchen einige das Bettelverbot für Kinder dadurch zu umgehen, dass man diesen ein Instrument in die Hand drückt. Die Kinder sitzen dann stundenlang mit der Harmonika oder Gitarre in der Herrengasse und spielen ihre zwei bis drei Lieder. Das muss sowohl für die Kinder unerträglich sein und es ist auch eine Zumutung für Menschen, die in so einem Umfeld leben und arbeiten.

Daher stelle ich namens des ÖVP Gemeinderatsklubs den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge beschließen:

Die zuständigen Ämter Straßen- und Jugendamt mögen die, die Straßenmusik betreffende Regelungen überprüfen und sofort geeignete Maßnahmen setzen, die diese Umgehung des Bettelverbots für Kinder unterbinden.

GR. Bernd SCHÖNEGGER

22.04.2004

A N T R A G

Betr.: Freifahrt auf öffentlichen Linien bei Kulturveranstaltungen

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge beschließen, die damit befassten Ämter werden beauftragt, gemeinsam mit den GVB und den Betreibern der großen Grazer Veranstaltungsorte darüber übereinzukommen, ein Modell zu entwickeln, dass die jeweiligen Eintrittskarten für Veranstaltungen auch als Fahrscheine auf den öffentlichen Linien zum Veranstaltungsort hin und wieder zurück, akzeptiert werden. Die Gültigkeit der Eintrittskarte als Fahrschein soll sich auf 2 Stunden vor Beginn und bis 2 Stunden nach der jeweiligen Veranstaltung erstrecken.



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

Betrifft: Namensgebung „Dorothee Sölle“

ANTRAG

an den Gemeinderat
eingebracht von Frau Gemeinderätin Elke EDLINGER
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 22. April 2004

Dorothee Sölle wurde am 30. September 1929 unter dem Mädchennamen Nipperdey in Köln geboren. 1949 begann sie ein Studium der Philosophie und alten Sprachen, wechselte aber 1951 zur evangelischen Theologie und setzte auch das inzwischen zusätzliche belegte Studium der Germanistik fort. 1954 schloss sie ihr Studium mit dem Staatsexamen und einer literaturwissenschaftlichen Dissertation ab. Danach arbeitete sie zunächst als Gymnasiallehrerin und auch als freie Mitarbeiterin für Rundfunk und verschiedene Zeitschriften. Von 1962 bis 1964 war sie Assistentin am Philosophischen Institut in Aachen, von 1964 bis 1967 Studienrätin im Hochschuldienst am Germanistischen Institut in Köln. 1965 erschien ihr Buch "Stellvertretung", das damals durchaus sehr kontroversiell diskutiert wurde. Sie entwickelte darin ihre "Theologie nach Auschwitz". In dieser Phase beginnt ihr Aufstieg zur berühmten und durchaus auch umstrittenen Theologin. Mit anderen gemeinsam entwickelte Sölle in dieser Zeit das "Politische Nachtgebet" und versuchte auch damit gegen herrschendes gesellschaftliches Unrecht anzukämpfen. Maria Mies, die bekannte Professorin für Soziologie sagt dazu: "Ich wurde durch Dorothee Sölle und das von ihr mitbegründete Politische Nachtgebet politisiert. Das politische Nachtgebet mit seiner wunderbaren Methode des Vierschritts - Information, Meditation, Diskussion und Aktion - gab mir, wie vielen, die Möglichkeit, über politische Probleme öffentlich im Kirchenraum zu reden und nach Handlungsmöglichkeiten zu suchen."

Dorothee Sölle habilitierte sich 1971 an der Philosophischen Fakultät der Universität Köln. 1975 wurde sie Professorin für Systematische Theologie am Union Theological Seminary in New York. Sie unternahm in diesen Jahren auch Reisen nach Lateinamerika und kommt intensiv mit der Befreiungstheologie in Kontakt. Während ihrer Zeit in den USA entwickelte sich Dorothee Sölle auch zur feministischen Theologin. Sie setzte sich fortwährend für eine Feministische Theologie als Befreiungstheologie

ein und hat viel dazu beigetragen, dass in den Kirchen die Frauenfrage nicht länger tabuisiert werden konnte.

Nach ihrer Rückkehr nach Deutschland 1987 wurde sie Gastprofessorin zunächst an der Gesamthochschule Kassel und anschließend an der Evangelisch-Theologischen Fakultät in Basel. Sie engagierte sich intensiv in der europäischen Friedensbewegung, denn ihre "Graswurzel-Orientierung" hat sie konsequent beibehalten. 1994 erhält sie eine Ehrenprofessur an der Universität Hamburg.

In den letzten zehn Jahren ihres Lebens blieb Dorothee Sölle so politisch und basisorientiert, wie es bei ihr für viele Jahrzehnte typisch war. Ihr letztes Buch "Mystik des Todes" konnte sie nicht mehr vollenden. Sie starb vor fast genau einem Jahr, am 27. April 2003 überraschend während einer Tagung, die sie besucht hatte. Dort hat sie nur einen Tag zuvor ihren letzten Vortrag gehalten.

Dorothee Sölle war auch zu zahlreichen Vorträgen immer wieder in Graz zu Gast. Bei einem ihrer Graz-Aufenthalte besichtigte sie auch die Doppelwendeltreppe in der Grazer Burg und schrieb davon inspiriert das Gedicht "Brief an den erbauer der grazer wendeltreppe im himmel", welches im Band "verrückt nach licht. gedichte" bereits 1984 erschienen ist.

Die Landesgruppe von Pax Christi, Internationale Katholische Friedensbewegung, hat angeregt, den derzeit noch namenslosen Weg von der Albert-Schweitzer-Gasse zum Oeverseepark nach der sozial engagierten, herausragenden Theologin zu benennen. Die Evangelische Superintendentur Steiermark unterstützt diesen Vorschlag sehr, wie in einem Schreiben von Superintendent Mag. Hermann Miklas an den Bezirksrat Gries vom Februar dieses Jahres zum Ausdruck gebracht wird. Aus diesem Schreiben: "Frau Sölle war eine äußerst engagierte Theologin von Weltrang... Ihr Name würde auf jeden Fall gut zum Theologen Albert Schweitzer passen. Beide hatten Zeit ihres Lebens immer auch einen ganz starken ökumenischen Bezug."

Ich stelle daher namens der sozialdemokratischen Fraktion

den **Antrag**,

den Weg, der von der Albert-Schweitzer-Gasse zum Oeverseepark und an diesem entlang zur Lissagasse führt, nach der großen Theologin Dorothee Sölle zu benennen.



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: spoe.klub@graz.at

www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

Betrifft: Beleuchtung von Fuß- und Radwegen

ANTRAG

an den Gemeinderat
eingebracht von Herrn Gemeinderat Klaus Eichberger
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 22. April 2004

Die hinreichende Beleuchtung von Fuß- und Radwegen gehört sowohl aus verkehrspolitischen als auch aus umweltpolitischen Gründen zum „Pflichtprogramm“ – wie überhaupt alle sinnvollen Maßnahmen zur Attraktivierung des Radfahrens und Zu-Fuß-Gehens gesetzt werden müssen. Darüber hinaus ist erwiesen, dass die Sicherheit und insbesondere das subjektive Sicherheitsgefühl durch Beleuchtung deutlich erhöht werden kann.

Gleichzeitig kommt es aus der Bevölkerung immer wieder zu Beschwerden hinsichtlich der mangelhaften Beleuchtung.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion wird somit

der Antrag

gestellt, es möge dem Verkehrsausschuss ehebaldigst ein Informationsbericht samt Maßnahmen-Katalog hinsichtlich der Verbesserung der Beleuchtung von Fuß- und Radwegen vorgelegt werden. Dabei sind selbstverständlich Energieverbrauchs-, Naturschutz- und Belästigungsaspekte zur berücksichtigen.

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 22. April 2004

Gemeinderat : Johann Slamanig

Antrag

Betrifft: Projekt Schallschutz an den Bestandsstrecken der ÖBB in Graz

Die Lärmbelastung für die AnrainerInnen von Autostraßen und Schienenverkehrswegen nimmt ständig zu. Diese Daten sind der Stadt Graz durch die umfassende Tätigkeit des Umweltamtes schon längst bekannt.

Seit Mai 2000 gibt es zwischen den ÖBB, dem Land Steiermark und der Stadt Graz einen Vertrag, der die Grundlage für die Errichtung von Schallschutzeinrichtungen an den Bestandsstrecken der ÖBB in Graz ist. Darin ist auch eine Aufteilung der Finanzierung vorgesehen.

In vielen steirischen Regionen ist der Ausbau von Schallschutzeinrichtungen bei den ÖBB schon weit fortgeschritten bzw. schon abgeschlossen. Um weitere Verzögerungen zu vermeiden, ist es ein Gebot der Stunde, dass sich die Stadtregierung endlich mit diesem Projekt beschäftigt, damit den geplagten Bürgern endlich geholfen wird.

Die Grazerinnen und Grazer haben ein Recht darauf, an jenen Straßen und Schienenverkehrswegen Schallschutzeinrichtungen zu erhalten, bei denen die Lärmbelastung in der Nacht mehr als sechzig Dezibel erreicht.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Das Projekt Schallschutz an den Bestandsstrecken der ÖBB in Graz ist unverzüglich in Angriff zu nehmen.

**Antrag an den Gemeinderat
eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 22.4.2004
von Klubobfrau Sigi Binder**

Betrifft: P&R Platz in Mariatrost

Vor einiger Zeit wurde bekannt, dass die Stadt Graz in Zusammenarbeit mit der GPG den Ankauf eines ca. 1500 m² großen Areals nahe der Endhaltestelle der Linie 1 in Mariatrost für die Errichtung eines Park & Ride Platzes für bis zu 600 Abstellplätze plant.

Abgesehen von den noch nicht abgeschlossenen Kaufverhandlungen mit der Diözese Graz - Seckau und der nötigen Umwidmung des Grundstückes, stellt sich die wesentliche Frage, ob die Finanzierung einer ÖV - Erschließung des betroffenen Einzugsgebietes in Richtung Fölling in ökologischer und ökonomischer Hinsicht nicht die bessere Lösung wäre, um den PendlerInnenverkehr zu minimieren.

Aus den genannten Gründen stelle ich daher heute namens der Grünen - ALG folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrat Graz werden beauftragt, in Zusammenarbeit mit der GPG die langfristigen Kosten für eine ÖV- Erschließung des Einzugsgebietes Weiz - Fölling jenen gegenüberzustellen, die im Zuge des Ankaufs, der Errichtung und der Betreuung des geplanten Park & Ride Platzes anfallen würden.

**Antrag an den Gemeinderat
eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 22.4.2004
von Klubobfrau Sigi Binder**

Betrifft: Verlängerung der Linie 77

Die Buslinie 77 fährt von St.Leonhard über den Berliner Ring in die Ragnitz. Beim sogenannten Bildstock kehrt sie um. Bereits eine geringfügige Verlängerung dieser Linie um etwa 1, 5km in Richtung Kainbach(kreuz) könnte mit geringem finanziellem Aufwand ein einwohnerstarkes Einzugsgebiet erschließen. In Zahlen ausgedrückt hätten entlang dieser ÖV - Trasse 1285 Personen ihren Hauptwohnsitz und 400 DienstnehmerInnen ihren Arbeitsplatz. Zudem würde eine Verlängerung dieser Linie auch den rund 100 sportlich aktiven Kindern und Jugendlichen des SV Ries zugute kommen, die nach langem Bangen nun beim USV Kainbach / Hönigtal eine sportliche Heimat gefunden haben.

Da alles für die Verlängerung der Buslinie 77 spricht, stelle ich namens der Fraktion der Grünen - ALG folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrat Graz mögen an die Verantwortlichen der GVB, des Verkehrsverbundes Steiermark, sowie den Bürgermeister der Gemeinde Kainbach herantreten, um ein gemeinsames Finanzierungsmodell für die Verlängerung der Buslinie 77 in Richtung Kainbach zu entwickeln. Die erarbeiteten Vorschläge mögen dem Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

**Antrag an den Gemeinderat
eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 22.4.2004
von GRin Lisa Rücker**

Betrifft: FußgängerInnen - Unterführung Bahnhof

Seit über 10 Jahren wird in den Bezirken Lend und Eggenberg der Bau eines Verbindungstunnels von der Bahnsteig-Unterführung im Hauptbahnhof nach Westen gefordert. Entgegen den Wünschen vieler betroffener Menschen und entgegen wiederholter einstimmiger Beschlüsse in den Bezirksräten, bisher leider – noch – ohne Erfolg. Den Grazer Westen, vom Bahnhof kommend, zu erreichen, heißt noch immer: Lange Umwege in Kauf nehmen.

In den ersten März-Wochen wurden in beiden Bezirken Anträge der Grünen, die den Bau des Personentunnels zeitgleich mit der Neugestaltung der Waagner-Biro-Straße fordern, einstimmig angenommen.

Das EU-geförderte Projekt Urban-II ermöglicht die Umsetzung von so vielen Bauvorhaben westlich des Bahnhofs wie noch nie. Neben dem Ausbau des Fachhochschulzentrums, dem Ausbau von Straßen, etwa der recht interessanten Planung der Waagner-Biro-Straße im Jahr 2005, ist aber für viele FußgängerInnen im Bereich des Hauptbahnhofes weiterhin nichts vorgesehen – weder für die AnrainerInnen, noch für die Beschäftigten der Betriebe westlich des Bahnhofs und auch nicht für BesucherInnen der Helmut-List-Halle, die ja nun auch weniger Parkplätze zur Verfügung haben werden.

FH-StudentInnen und SchülerInnen, die Eggenberg täglich über den Bahnhof erreichen wollen, kann mit diesem Tunnel eine echte Alternative zum Auto und eine direkte Anbindung an den ÖV in der Waagner-Biro-Straße geboten werden. Dieser Tunnel eignet sich auch für den Radverkehr, wodurch eine weitere attraktive und sichere Rad-Route geschaffen würde.

Den Menschen muss die Möglichkeit gegeben werden, auf sicherem und möglichst kurzem Weg zu ihren Zielen zu gelangen. Darum und für eine weitere Aufwertung der Bezirke Eggenberg und Lend muss dieser Personentunnel in die Waagner-Biro-Straße verwirklicht werden.

Ich stelle daher namens der Fraktion der Grünen - ALG den

Antrag:

Die zuständigen Stellen des Magistrat Graz werden beauftragt, unter Berücksichtigung aller Fördermöglichkeiten (z.B. Urban II Projekt) und Beteiligungen privater und öffentlicher PartnerInnen ein Finanzierungskonzept für die Errichtung eines Personen- und Fahrradtunnels, wie er vom Stadtplanungsamt bereits geplant ist, auszuarbeiten und die fertige Projektgenehmigung dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.

**Antrag an den Gemeinderat
eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 22.4.2004
von GR Mag. Hermann Candussi**

Betrifft: Sachprogramm Sport

Werte Kolleginnen und Kollegen,

eine vor wenigen Wochen von der „Plattform Pro Sport“ veranstaltete Diskussion über die Möglichkeiten der Stadt Graz, die kommunale Sportförderung zu verbessern wurde ein Manko besonders deutlich: Das Fehlen eines "Sachprogramms Sport", das Ziele städtischer Sportpolitik dokumentiert und die Kriterien zur Vergabe von Subventionen und Investitionen klarstellt.

Aus diesem Grunde stelle ich daher heute namens der Fraktion der Grazer Grünen den

Antrag:

Die zuständigen Stellen des Magistrats werden beauftragt, die Vorbereitungen zur Erstellung eines „Sachprogramm Sport“ zu erarbeiten. Dazu sind als erste Schritte die Erhebung und Evaluierung bestehender Angebote und Bedürfnisse in möglichst allen Sportbereichen (Leistungs- und Breitensport, Vereinssport ebenso wie unorganisierte Formen), sowie der räumlichen Angebote und Bedürfnisse nötig.

Für die Erhebungsarbeiten scheint eine externe Moderation angebracht, mit der Evaluierung der bestehenden Angebote und der Sportstätten könnte nach Möglichkeit das Institut für Sportwissenschaften der Universität Graz beauftragt werden.